

# Kernpunkte 3

März 2013 / Kurzdokumentation zur Kernenergiediskussion: Tatsachen und Argumente

## USA bauen neue Kernkraftwerke

Nach über 30 Jahren wurde in den USA erstmals wieder Beton für neue Kernkraftwerke gegossen. Am 9. März 2013 haben die Bauarbeiten für das Kernkraftwerk von Virgil C. Summer-2 im Bundesstaat South Carolina begonnen. Vier Tage später folgte die Bauaufnahme für Vogtle-3 im Nachbarstaat Georgia. An beiden Standorten sind je zwei fortgeschrittene Reaktoren vom Typ AP1000 der amerikanischen Westinghouse geplant. Die 1100-Megawatt-Kernkraftwerke sollen nach einer Bauzeit von rund fünf Jahren ersten Strom abgeben. In den USA stehen knapp über 100 Kernkraftwerke in Betrieb. Rund drei Viertel davon haben bisher eine Laufzeitverlängerung von 40 auf 60 Jahre erhalten.

## In Grossbritannien kann gebaut werden

Die britische Regierung hat grünes Licht zum Bau des Kernkraftwerks Hinkley Point C im Südwesten Englands gegeben. An diesem Standort plant die EDF Energy zwei EPR mit einer Gesamtleistung von 3260 Megawatt. Das geplante Kernkraftwerk soll 7% des heutigen britischen Strombedarfs decken. Gegenwärtig führen die Regierung und die EDF Energy Gespräche über die finanziellen Rahmenbedingungen des Projekts. Den endgültigen Investitionsentscheid will das Unternehmen nach Abschluss der Gespräche fällen.

## VAE: Baugesuch für 3. und 4. Kernkraftwerk eingereicht

Die Emirates Nuclear Energy Corporation hat am 1. März 2013 ein Baugesuch für ein drittes und viertes Kernkraftwerk am Standort Barakah eingereicht. Die Bauarbeiten für das erste Kernkraftwerk des Landes, Barakah-1, laufen seit Mitte 2012 und sollen nach rund fünf Jahren abgeschlossen sein. Die zweite Anlage soll im

Sommer dieses Jahres in die Bauphase treten. Es ist vorgesehen, dass die vier Kernkraftwerke südkoreanischer Bauart bis 2020 den Betrieb aufnehmen.

## Zwölf EU-Staaten bekräftigen Unterstützung der Kernenergie

Zwölf EU-Mitgliedstaaten haben am 12. März 2013 in London in einer gemeinsamen Erklärung bestätigt, dass sie von der Bedeutung der Kernenergie in einem zukünftigen, kohlenstoffarmen Energiemix in der EU überzeugt sind. Sie bekräftigen ihr Engagement und ihre Zusammenarbeit zur Erhaltung und Förderung der immerwährenden Verbesserung der nuklearen Sicherheit und deren Regulierung. Zudem betonen sie, dass ein Investitionsumfeld geschaffen werden müsse, das die Langfristigkeit der nuklearen Infrastrukturprojekte in der EU berücksichtige. Die zwölf Unterzeichnerstaaten sind Bulgarien, Finnland, Frankreich, Grossbritannien, Litauen, die Niederlande, Polen, Rumänien, die Slowakei, Spanien, die Tschechische Republik und Ungarn.

## Kanton Bern: Initiative «Bern erneuerbar» und Gegenvorschlag gescheitert

Eine deutliche Mehrheit (65,3%) der Berner Stimmberechtigten, die an der Volksabstimmung vom 3. März 2013 teilnahmen, hat sich gegen die Initiative der Grünen Partei «Bern erneuerbar» ausgesprochen. Keiner der zehn Verwaltungskreise stimmte zu. Der Vorstoss forderte den vollständigen Ausstieg aus fossilen und nuklearen Energieträgern. Der Gegenvorschlag des Grossen Rats, den die Stimmenden mit 51,4% Nein ebenfalls verwarfen, stellte die gleiche Grundforderung, verzichtete jedoch auf eine Etappierung und verlangte eine Umsetzung der Verfassungsbestimmung innert 30 Jahren, also bis 2043. Drei der zehn Verwaltungskreise

Redaktion:  
M.-F. Aepli, B. Bechtold,  
M. Brugger, M. Rey,  
M. Schorer, D. Stebler

Nuklearforum Schweiz  
Postfach 1021  
3000 Bern 14  
Telefon 031 560 36 50  
Telefax 031 560 36 59  
info@nuklearforum.ch  
www.nuklearforum.ch

Erscheint 12-mal jährlich  
ISSN 1421-0347

© 2013 by Nuklearforum Schweiz

(Bern-Mittelland, Biel/Bienne und Jura Bernois) stimmten zu, sieben lehnten ab. Die Stimmbeteiligung betrug 41,6%.

### **BFE bestätigt Erdbebennachweis für Staumauer Wohlensee**

Die Staumauer Wohlensee erfüllt die aktuellen Erdbebensicherheitsanforderungen des Bundesamtes für Energie (BFE) und hält einem 10'000-jährlichen Erdbeben stand. Dies hat das BFE – zuständig für die Beurteilung der Sicherheit von Talsperren – bekräftigt, nachdem Kritiker in einem Schreiben vom 20. Februar 2013 dem BFE vorgeworfen hatten, die Stabilitätsnachweise der Wohlensee-Staumauer seien lückenhaft und mit Ungereimtheiten versehen. Entsprechend hält das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) an seiner Stellungnahme zum Erdbebennachweis des Kernkraftwerks Mühleberg vom Juli 2012 fest.

### **Mühleberg: Klage aus Vorarlberg definitiv abgewiesen**

Am 31. Mai 2012 hatte das österreichische Land Vorarlberg dem Landesgericht Feldkirch eine Unterlassungsklage gegen das Kernkraftwerk Mühleberg eingereicht. Für den Kläger stellt das Kernkraftwerk eine Gefährdung von Leben und Gesundheit der Menschen in Österreich dar. Das Landesgericht in Feldkirch stellte bereits am 18. September 2012 fest, dass es für die Klage nicht zuständig sei, weil vom Kernkraftwerk «keine unmittelbare Drohung» für die Gesundheit des Klägers ausgehe. Gegen diesen Entscheid legte das Land Vorarlberg Rekurs ein. Den Rekurs wies das Gericht jedoch zurück, weil er zu spät eingereicht worden war. Das hierauf vom Kläger eröffnete Wiedereinsetzungsverfahren wies das Oberlandesgericht Innsbruck nun endgültig ab. Das Verfahren in Österreich ist damit rechtskräftig abgeschlossen, da der Entscheid nicht weitergezogen werden kann.

### **WHO-Bericht: Strahlenfolgen nach Fukushima gering**

Ein umfassender Bericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) über die gesundheitlichen Auswirkungen des Reaktorunfalls in Fukushima-Daiichi kommt zum Schluss, dass für die Bevölkerung innerhalb und ausserhalb Japans die prognostizierten Risiken gering sind und kein erkennbarer Anstieg von Krebsraten zu erwarten ist. «Das Hauptanliegen dieses Berichts war es aufzuzeigen, ob es einen Anstieg an Krebserkrankungen gibt, der im Zusammenhang mit bestimmten Orten und demografischen Faktoren steht», erklärte Maria Neira, WHO-Direktorin für öffentliche Gesundheit und Umwelt. «Eine Aufschlüsselung der Daten nach Alter, Geschlecht und Nähe zum Kernkraftwerk zeigte ein höheres Krebsrisiko für jene Menschen, die in den am stärksten kontaminierten Gebieten lebten. Ausserhalb dieser Gebiete – auch in Orten innerhalb der Präfektur Fukushima – erwarten wir keinen erkennbaren Anstieg von Krebserkrankungen.» Neben den direkten gesundheitlichen Folgen des Reaktorunfalls auf die Bevölkerung könnten psychosoziale Auswirkungen ebenfalls Konsequenzen auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen haben, stellt der Bericht fest. Dies dürfe nicht ausser Acht gelassen werden und müsse Teil der Bewältigung sein, betonen die Experten.

Die «Kernpunkte» können Sie auch als elektronischen Newsletter unter [www.nuklearforum.ch](http://www.nuklearforum.ch) bestellen.